

Deponiegegner laden zum Stammtisch: Gemeinsam für eine saubere Zukunft!

Am 21. April 2025 laden Deponiegegner in Rhein-Pfalz zu einem Stammtisch ein, um über Demokratie und Umweltaktivismus zu diskutieren.



Rhein-Pfalz-Kreis, Deutschland - In der aktuellen Auseinandersetzung um den geplanten Bau einer Deponie im Rhein-Pfalz-Kreis mobilisieren die Gegner ihre Kräfte. Am kommenden Dienstag, dem 25. April, findet ein Stammtisch in Oppenheim statt, zu dem alle Interessierten eingeladen sind. Ziel der Veranstaltung ist es, eine breite Diskussion über die Problematik der Deponie anzuregen und die Bürger und Politiker zur aktiven Teilnahme zu motivieren. Laut **Rheinpfalz** wird dies als notwendiger Schritt betrachtet, um eine transparente und umfassende Debatte zu fördern.

Die Organisatoren des Stammtischs möchten die Bedenken der Bürger ernst nehmen und Raum für Dialog schaffen. In einer

Zeit, in der Umweltthemen zunehmend an Bedeutung gewinnen, ist die Diskussion um nachhaltige Lösungen und verantwortungsvolle Ressourcenpolitik unerlässlich.

Umweltaktivismus im Kontext der Demokratie

Parallelen zu den Initiativen von „Extinction Rebellion“, die sich ebenfalls für einen aktiven Umweltschutz einsetzen, sind auffällig. Diese Gruppe wird häufig als „radikal“ wahrgenommen, jedoch betont eine Untersuchung von **Deutschlandfunk Kultur**, dass Radikalität nicht mit Extremismus gleichzusetzen ist. Vielmehr gehe es darum, gesellschaftliche und politische Probleme an der Wurzel zu bekämpfen, besonders wenn der Staat unzureichende Reaktionen zeigt. Jürgen Habermas beschreibt zivilen Ungehorsam als Zeichen einer reifen politischen Kultur, insbesondere, wenn legale Mittel ausgeschöpft sind.

Die Naturkatastrophen und die zunehmende Klimakrise setzen die gesamte Gesellschaft unter Druck, was sich in der Forderung nach einem effektiven Klimapaket niederschlägt. Kritiker, darunter FDP-Chef Christian Lindner, äußern Bedenken, dass Aktionen wie die von „Extinction Rebellion“ die Demokratie untergraben könnten. Die Aktivisten betonen jedoch, dass ihre Protestformen gewaltfrei sind und auf der Überzeugung basieren, dass auch radikale Auffassungen in einer Demokratie legitim sind, solange sie nicht gegen die Verfassung verstoßen.

Bürgerbeteiligung stärken

Ein zentrales Anliegen der Bewegung ist die Schaffung einer ausgelosten Bürgerinnenversammlung. Diese soll helfen, die politische Diskussion über Umweltschutz und Klimawandel zu vertiefen und das Parlament zu ergänzen. Diese Form der Bürgerbeteiligung würde die Demokratie stärken, statt sie zu gefährden. Durch Informieren und Beratschlagen, anstatt

einfache Ja-Nein-Fragen zu stellen, erhoffen sich Aktivisten eine tiefere Auseinandersetzung mit wichtigen Themen.

Das Engagement in Oppenheim und die Diskussion über die Deponie sind Teil eines größeren gesellschaftlichen Prozesses, der zeigt, wie Bürger sich aktiv in die Demokratie einbringen können. Es ist genau dieses Engagement, das notwendig ist, um auch im 21. Jahrhundert wirksam für die Herausforderungen unserer Zeit einzutreten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Rhein-Pfalz-Kreis, Deutschland
Quellen	• www.rheinpfalz.de • www.deutschlandfunkkultur.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de